

Die Entstehung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau - Beobachtungen eines Kirchenhistorikers

Karl Dienst

I. Momentaufnahmen aus der „Stunde Null“

1) Am 17. März 1945 erreichten amerikanische Truppen bei Bad Kreuznach das Gebiet der „Evangelischen Landeskirche Nassau-Hessen“, wie sie ab 1933 hieß. Bis Ende März war ihr gesamtes Territorium von den Amerikanern besetzt. Ihr Dienstgebäude in Darmstadt war durch Luftangriff im September 1944 zerstört worden. Neben der notdürftig in Groß-Zimmern aufgebauten Ausweichstelle für Darmstadt stellte die Verwaltungsstelle des Landeskirchenamtes in Wiesbaden (Emser Straße 3) die einzige funktionsfähige Organisationseinheit dar. Das (ursprünglich „Landeskirchenkanzlei der Evangelischen Landeskirche Nassau-Hessen“ genannte) „Landeskirchenamt“ unter Leitung von Präsident Paul Kipper bestand damals aus den Verwaltungsstellen Darmstadt (Leitung: OKR Dr. Horre) und Wiesbaden (Leitung: Präsident Dr. Theinert). In Wiesbaden wurden seit Oktober 1944 auch die wenigen Sitzungen der Kirchenregierung abgehalten.

2) Allerdings war schon im Sommer 1943 in einer Sitzung des Landesbruderrats, dem Leitungsorgan der Bekennenden Kirche Nassau-Hessen, vorgeschlagen worden, im Falle eines Zusammenbruchs der bisherigen Staats- und Kirchenorganisation eine Kirchenregierung zu bilden, der drei Vertreter der Bekennenden Kirche (BK) und drei als tragbar angesehene Pröpste der bisherigen Kirchenleitung (die Pröpste Lic. Heinrich Peter, Karl Knodt [Gießen] und Dr. Friedrich Müller) angehören sollten. Der 1934 von den Deutschen Christen zwangspensionierte Prälat der früheren Hessischen [= hessen-darmstädtischen] Kirche, Wilhelm Diehl, erklärte sich zur Mitarbeit bereit; er wollte aber nicht mehr an die Spitze der Landeskirche treten.

3) Allerdings war man auf Seiten der BK nach dem erwähnten Luftangriff auf Darmstadt im September 1944, bei dem auch Prälat Wilhelm Diehl den Tod fand, im Landesbruderrat der BK (wohl vor allem auf Betreiben von Pfarrer Lic. Otto Fricke, Frankfurt am Main) offenbar der Meinung, daß die Bekennende Kirche allein die Initiative ergreifen sollte. Für Wiesbaden zum Beispiel wurden die BK-Pfarrer Franz von Bernus, Wilhelm Hahn und Karl Veidt „mit der Aufgabe

betraut, die notwendigen Aktionen vorzunehmen“. Für Darmstadt waren es die Pfarrer Karl Grein, Rudolf Goethe und Wilhelm Weinberger, für Frankfurt am Main Lic. Otto Fricke und Karl Goebels. Man ging dabei von der Annahme aus, daß in der Stunde Null keine Verbindung zwischen Wiesbaden, Frankfurt und Darmstadt mehr bestehe.

II. Erste Initiativen zum kirchlichen Neuaufbau

1) Am 25. März 1945 wurde Darmstadt, am 28. März 1945 Wiesbaden und Gießen und am 29. März 1945 Frankfurt am Main von den Amerikanern besetzt. Bereits am 9. April 1945 kam es in Darmstadt bei dem Pfarrer der Martinsgemeinde Wilhelm Weinberger, dem späteren Propst in Gießen, zu einer Besprechung zwischen ihm und den Pfarrern Karl Grein und Rudolf Goethe. Hatten diese zunächst die Absicht, „selbständig“ zu handeln, so entschlossen sie sich, den für Kirchenangelegenheiten zuständigen amerikanischen Major Irvin aufzusuchen, um ihm drei Fragen zu stellen: (1) Sind die NS-Gesetze auch im Raum der Kirche hinfällig? (2) Wird damit anerkannt, daß die Kirche keine Leitung mehr hat? (3) Hat die Kirche volle Handlungsfreiheit? Major Irvin bejahte die drei Fragen. Diese zielten im Grunde auf die Bestätigung der (damaligen) Annahme der Genannten ab, daß die Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche (DEK) vom 11. Juli 1933, die durch Staatsgesetz vom 14. Juli 1933 anerkannt worden war, ebenso wie die Verfassung der Evangelischen Landeskirche Nassau-Hessen vom 12. September 1933, mit dem Außerkrafttreten der staatlichen Gesetzgebung ihre Gültigkeit verloren haben, daß mithin die Evangelische Landeskirche Nassau-Hessen nicht mehr existent sei. Jedoch wurde von den genannten Pfarrern ausdrücklich betont, daß es nicht in ihrer Absicht liege, sich nun von den Amerikanern „einen Auftrag erteilen zu lassen“. Für den Fall, daß die BK allein die Leitung der hessischen Kirche übernimmt, versicherten sich die Genannten bei Oberkirchenrat Dr. Horre der Mitarbeit der bisherigen Kirchenverwaltung in Darmstadt/Groß-Zimmern. Auch Darmstadts Oberbürgermeister Ludwig Metzger, engagiertes Mitglied der BK, riet ihnen, „die Dinge in die Hand zu nehmen“. Diese Initiative der BK schloß aber nicht die Bereitschaft aus, „die Verbindung mit weiteren Kreisen aufzunehmen“. Schon am 10. April 1945 trafen sich die Pfarrer Grein, Engel und Weinberger als Vertreter der BK mit Propst Dr. Friedrich Müller als Vertreter des „Kirchlichen Einigungswerkes“, das ab 1939 auch gemäßigte Vertreter der BK und der Deutschen Christen zusammenführen wollte, und mit Pfarrer Dr. Wilhelm Bergér, dem Vorsitzenden des „Evangelischen Bundes“. Dr. Müller war außerdem von 1929-1934 Superintendent und von 1934 an (mit Unterbrechungen) Propst von

Starkenburger; er wahrte also im Kirchenregiment auch die Kontinuität zu der Zeit vor 1933. Nach hartem Ringen wurde dem Vorschlag von Dr. Bergér zugestimmt, für Hessen-Darmstadt „eine Vorläufige Leitung unter dem Vorsitz von Dr. Müller zu bilden, der drei Mitglieder des Landesbruderrats sowie die Vorsitzenden der vier großen Verbände: Männerwerk, Ev. Bund, Gustav-Adolf-Verein und Innere Mission angehören sollten“. Nach Bedenkzeit stimmten die Vertreter der BK am 13.4.1945 unter bestimmten Bedingungen dieser Vermittlungslösung zu, die am 16.4.1945 Major Irvin angezeigt wurde. Am 18.4.1945 trat die (nur aus Pfarrern bestehende) neue hessen-darmstädtische Kirchenregierung zu ihrer ersten Sitzung zusammen; sie bestand aus Propst Dr. Müller (Präsident), den Pfarrern Engel (Büttelborn), Goethe (Roßdorf) und Grein (Arheilgen) als Vertreter der BK, dem Vorsitzenden des Ev. Bundes Dr. Bergér (Darmstadt), dem Vorsitzenden des Gustav-Adolf-Vereins D. Wagner (Bensheim), dem Vorsitzenden der Inneren Mission Pfr. Röhricht (Nieder-Ramstadt) und dem Vorsitzenden des Männerwerks Lic. zur Nieden (Offenbach/M.). Später traten noch die Pfarrer Guyot und Weinberger hinzu.

2) In Wiesbaden hatte es die BK mit „hochrangigen“ Vertretern des bisherigen Kirchenregiments und mit einem noch arbeitsfähigen Landeskirchenamt zu tun. Hier hatte der bisherige Präsident des Landeskirchenamtes der Landeskirche Nassau-Hessen Paul Kipper am 17. April 1945 die genannten nassauischen (= Wiesbadener) Vertreter der BK – die Pfarrer v. Bernus, Hahn und Veidt – zu einer Besprechung in das Landeskirchenamt (= Wiesbadener Verwaltungsstelle) eingeladen, über deren Ergebnis Kipper die seitherige nassau-hessische Kirchenregierung (Präsident Dr. Theinert, Landesbischof Dietrich, OLKR Walther und Propst Peter) am 24.4.1945 unterrichtete. Man stimmte dort dem Antrag der BK zu, ihre genannten Vertreter „zu den Beratungen des Landeskirchenamts hinzuzuziehen, wenn dieses Gremium durch Hinzuziehung von Vertretern des ‚Einigungswerks‘ auf eine breitere Basis gestellt wird“. Selbst wenn man als Ziel dieser Formulierungen die Absicht der alten Kirchenbehörde unterstellt, eine Einbindung der BK in das bestehende System etwa nach dem Muster des „Kirchlichen Einigungswerkes“ vorzunehmen, und wenn man hier eine Mitbeteiligung der BK auf die Frage der Pfarrstellenbesetzung einschränken wollte: Zunächst nahm die alte Kirchenregierung also nicht wahr, daß die BK eine wie auch immer geartete Kooperation mit der bisherigen Leitung im Grunde ablehnte, auch wenn sie das bisher noch nicht so scharf formuliert hatte. Das änderte sich aber bald! Von Seiten der BK wurde der Ton härter: Unter Hinweis auf den Widerstand der BK gegen den NS-Staat bestritt man der gegenwärtigen Kirchenbehörde, „im Namen der Kirche zu handeln“! Das Gesetz des Handelns ging immer

mehr auf die genannten BK-Pfarrer über. Die entscheidende, unterstützende Motivation dazu ging allerdings vom Besuch einer Delegation aus Darmstadt am 14. Mai 1945, bestehend aus Dr. Müller, Grein, Goethe und Dr. Bergér, aus, die der Vorläufigen Leitung in Hessen angehörten. In der Besprechung mit Präsident Kipper erklärte Präsident Dr. Müller der alten Kirchenregierung: „Wir kommen nicht zum Verhandeln, sondern um Ihnen mitzuteilen, daß wir gehandelt haben. Ihre Funktionen im Raum der Hessischen (!) Kirche sind erloschen“. Der bisherige Landesbischof Lic. Dr. Dietrich erklärte, als die genannte Gruppe ihn anschließend besuchte, daß er sein Amt niederlegen werde. Bei dem Besuch am 14. Mai 1945 in Wiesbaden wurde übrigens auch die Bildung eines „Verbindungsausschusses“ der früher selbständigen Landeskirchen von Hessen(-Darmstadt), Nassau und Frankfurt (4 Hessen, 3 Nassauer, 2 Frankfurter) besprochen. Am 18. Mai 1945 führten die BK-Pfarrer v. Bernus, Hahn und Veidt, jetzt verstärkt durch den früheren nassauischen Landesbischof D. August Korthauer, Pfr. Lic. Dr. Hugo Grün und Regierungsrat Dr. Franz Leitz, das im Blick auf Nassau entscheidende Gespräch mit der bisherigen Kirchenregierung. Präsident Kipper, Landesbischof Dietrich und OLKR Walther erklärten ihren Rücktritt. Pfarrer v. Bernus teilte mit, „daß der sechsköpfige Ausschuß sich als ‚Vorläufige Leitung der Ev. Kirche in Nassau‘ bezeichnet und seine Aufgaben als Treuhänder bis zum Zusammentritt der Synode für den nassauischen (!) Gebietsteil der Landeskirche durchführen will. Es handelt sich also um einen begrenzten Auftrag. Für die Aufgaben der Gesamtkirche Nassau-Hessen soll ein Verbindungsausschuß gebildet werden“. Es bestand Einvernehmen darüber, daß der Zusammenschluß zur Landeskirche Nassau-Hessen von einer künftigen Synode „legitimiert“ werden müsse und daß baldigst die Frage zu klären sei, wer in der noch bestehenden nassau-hessischen Landeskirche die Kirchengewalt ausübe.

3) Mit dieser Sitzung am 18. Mai 1945 ist das alte, durch die Namen von Dietrich und Kipper gekennzeichnete, Kirchenregiment für das gesamte nassau-hessische Kirchengebiet faktisch erloschen, nachdem in Frankfurt am Main schon am 8. Mai 1945 eine Vorläufige Leitung gebildet worden war (s.u.). Die nunmehr im Amt befindlichen Vorläufigen Leitungen wollten kirchenregimentliche Entscheidungen ausdrücklich nach kirchlichen Maßstäben treffen. Da sorgte der Wiesbadener Regierungspräsident, der ehemalige Reichs-Rundfunk-Kommissar Hans Bredow, für Aufregung, der am 22. Mai 1945 per Erlaß den früheren nassauischen Landesbischof D. August Korthauer „bis auf weiteres mit der Leitung der kirchlichen Angelegenheiten im Bezirk der ehemaligen Landeskirchen in Nassau und Frankfurt am Main“ beauftragte. Nassau und Frankfurt gehörten damals zum Regierungsbezirk

Wiesbaden. Weiter ordnete Bredow an: „Bezüglich der Leitung der Landeskirche Nassau-Hessen ist durch Fühlungnahme mit der ehemaligen Landeskirche in Hessen[-Darmstadt] das Erforderliche durch den Beauftragten [= Korthauer] zu veranlassen. Diese Regelung ist eine einstweilige und gilt zunächst nur bis zur ordentlichen Verfassungsregelung durch eine Synode“. Auch wenn Bredow dann noch einmal ausdrücklich versicherte, daß „in keiner Weise von ihm beabsichtigt ist, in die Substanz der Kirche einzugreifen und die Regelung ihrer Angelegenheiten zu beeinflussen“, und daß weitere Eingriffe nicht beabsichtigt sind, auch wenn er den vorläufigen Charakter der „zeitlich begrenzten Notlösung“ ausdrücklich betonte, auch wenn D. Korthauer mit Schreiben vom 26. Mai 1945 seine Beauftragung für Frankfurt am Main auf Lic. Otto Fricke übertrug, der dort bereits als Vorsitzender der Vorläufigen (Frankfurter) Leitung wirkte, und Fricke für Frankfurt volle Handlungsfreiheit ließ: Die Wiesbadener BK-Vertreter protestierten heftig gegen diese „Auftragserteilung des H. Regierungspräsidenten“. Sie legten protokollarisch Verwahrung ein und betonten, daß es sich hier „lediglich um eine aus besonderem Notstand zu erklärende Aufforderung zu kirchlichem Handeln für diesen besonderen Fall“ handle. Ich habe allerdings den Verdacht, daß hier neben theologischen und kirchenpolitischen Grundsatzfragen vor allem auch taktische kirchenpolitische Erwägungen eine Rolle spielten! Im Kampf um die Macht konnte der beliebte Kirchenmann Korthauer den Plänen der BK schon gefährlich werden.

4) In Frankfurt am Main wurde auf Betreiben der BK eine Vorläufige Kirchenleitung gebildet, die aus zwei Vertretern der Bekennenden Kirche und aus zwei Vertretern der kirchlichen Werke und Verbände bestand. Zur Vorläufigen Kirchenleitung gehörten Pfarrer Lic. Otto Fricke (Vorsitz) und die Pfarrer Goebels (ebenfalls BK), Nell und Zickmann. Im Protokoll vom 8. Mai 1945 heißt es, daß dieser „Viererausschuß“ die „Vorläufige Leitung der Evangelischen Kirche in Frankfurt am Main ist“.

III. Wann war eigentlich der genaue Geburtstag der EKHN?

1) Am 30. September 1997 feierte die „Evangelische Kirche in Hessen und Nassau“ (EKHN) offiziell ihren 50. Geburtstag. Anlaß dieses Gedenkens war der in der Burkgkirche in Friedberg/Hessen einstimmig gefaßte Beschluß des sogenannten „Friedberger Kirchentags“ vom 30. September 1947: „Der Kirchentag der Evangelischen Kirche in Hessen, Nassau und Frankfurt bestätigt den Zusammenschluß der Evangeli-

schen Kirche im Gebiet der früheren Landeskirche Nassau-Hessen kirchlich und rechtlich. Die Kirche trägt den Namen: „Evangelische Kirche in Hessen und Nassau“. Der Kirchentag tritt als verfassungsgebende Synode zusammen“.

2) Folgende Beobachtungen geben allerdings Anlaß zu Rückfragen an diese Formulierung:

a) In dem genannten Beschluß ist nicht ausdrücklich von einer „Gründung“, sondern (nur) von einer „Bestätigung“ die Rede. Die Friedberger Formel signalisiert eher Kontinuität als Neuanfang! Sie setzt offenbar das Bestehen der bisherigen Landeskirche Nassau-Hessen noch voraus!

b) Am 30. September 1947 wurde zwar ein neuer Name für dieses Kirchengebilde beschlossen: „Evangelische Kirche in Hessen und Nassau“. Bis auf geringe Ausnahmen deckt sich aber deren Gebiet mit dem ihrer Vorgängerin, der früheren „Landeskirche Nassau-Hessen“ von 1933! Was das Gebiet der EKHN anbelangt, so wäre in historischer Perspektive eher der 12. bzw. 15. September 1933 der eigentliche Geburtstag.

c) Auch die neue Bezeichnung „Hessen und Nassau“ weist auf eine komplizierte Entstehung dieses Kirchengebildes hin. Diese hängt zunächst mit den territorialen Entwicklungen im südwestdeutschen Raum zusammen: Begriffe wie „Hessen“ und „Nassau“ haben im Laufe der Geschichte nicht immer dasselbe bezeichnet. So ist zum Beispiel „Hessen-Nassau“ nicht identisch mit „Hessen und Nassau“! Die Bezeichnung „Hessen-Nassau“ entstammt der preußischen Verwaltungsgliederung nach 1866. Die preußische Provinz „Hessen-Nassau“ umfaßte die Regierungsbezirke Wiesbaden und Kassel, also das ehemalige Herzogtum Nassau, die ehemalige Freie Stadt Frankfurt am Main sowie das ehemalige Kurfürstentum Hessen(-Kassel), aber nicht das Großherzogtum Hessen bzw. (nach 1918) den Volksstaat Hessen. Die Bezeichnung „Nassau-Hessen“ meint das durch die Vereinigung der ehemals selbständigen Landeskirchen von Hessen(-Darmstadt), Nassau und Frankfurt am Main im Jahr 1933 geschaffene Kirchengebiet, das sich - wenn auch nicht vollständig - mit dem von den Nationalsozialisten unabhängig von der allgemeinen Verwaltungsstruktur aufgebauten „Gau Hessen-Nassau“ deckt, der den preußischen Regierungsbezirk Wiesbaden und den Volksstaat Hessen, aber nicht den Regierungsbezirk Kassel umfaßt.

d) Diese komplizierten Zuweisungen stehen aber auch für unterschiedliche Kirchenstrukturen, religiöse Mentalitäten und Frömmigkeitsformen, die sich auch im Kulturellen und Politischen niederge-

schlagen haben. Ohne die Geschichte der einzelnen Kleinlandschaften bleibt auch die Geschichte der EKHN letztlich unverständlich. Im Blick auf das heutige Territorium der EKHN kann man zum Beispiel auch Napoleon I. als „Kirchenvater“ bezeichnen, steht doch sein Name für die Schaffung der größeren, das heutige Kirchengebiet der EKHN ausmachenden, territorialen Einheiten. Bis dahin bestanden zum Beispiel in Nassau und in Rheinhessen jeweils über 30 verschiedene „Landeskirchen“! Auf der anderen Seite blieben auch nach der Annexion durch Preußen 1866 Nassau und Frankfurt am Main bis 1933 selbständige Landeskirchen.

3) Als früheste, allerdings dann kirchenpolitisch umstrittene „Geburtsurkunde“ gilt im Blick auf das Territorium der EKHN die „Verfassung der Evangelischen Landeskirche Nassau-Hessen“ vom 12. September 1933. Ihr Vorspruch lautet: „Nach dem Rechte der Deutschen Evangelischen Kirche in Verfassung und Bekenntnis verbinden sich die Evangelische Landeskirche in Hessen, die Evangelische Landeskirche Frankfurt am Main und die Evangelische Landeskirche in Nassau zu einer einigen Evangelischen Landeskirche Nassau-Hessen“. Schöpfer dieser Verfassung, der ursprünglich auch Hessen-Kassel beitreten sollte (Großhessische Kirche!), war ein ehemaliger Wiesbadener Landgerichtsrat und Kirchenvorsteher an der dortigen Marktkirche, der 1933 Ministerialdirektor und Leiter der Kirchenabteilung im Preußischen Kultusministerium in Berlin wurde: August Jäger. Er ließ rücksichtslos in der Evangelischen Kirche das Führerprinzip durchsetzen, scheiterte aber bei seinem Versuch, der oberste Jurist der Deutschen Evangelischen Kirche (DEK) zu werden. 1938 trat er aus der Kirche aus; 1949 wurde er als ehemaliger Regierungsvizepräsident von Posen von den Polen hingerichtet. Landesbischof der neu entstandenen „Evangelischen Landeskirche Nassau-Hessen“ wurde Lic. Dr. Ernst Ludwig Dietrich, ein ursprünglich liberaler Theologe, der - ähnlich wie sein späterer Gegenspieler auf Seiten der „Bekennenden Kirche“ Julius Rumpf - Pfarrer an der Wiesbadener Marktkirche war.

4) Allerdings war die Idee einer Vereinigung kleinerer Kirchen zu jeweils größeren Gebilden - wie auch die Idee einer „Reichskirche“ - keine Schöpfung der Nationalsozialisten. In Nassau-Hessen hat die „Glaubensbewegung (d.h. die Kirchenpartei) Deutsche Christen“ (DC) 1933 ältere Vorbilder aufgenommen und durchgesetzt, was dann nach dem 8. Mai 1945 zu der Frage führte, ob mit dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Herrschaft auch die Vereinigung der Kirchen von Hessen-Darmstadt, Nassau und Frankfurt am Main zur „Evangelischen Landeskirche Nassau-Hessen“ hinfällig sei.

IV. Das Jahr 1945: Weiterbestehen der Vereinigung der Kirchen von Hessen-Darmstadt, Nassau und Frankfurt am Main zur „Evangelischen Landeskirche Nassau-Hessen“ im Jahr 1933 oder deren Zerfall und Neuanfang?

1) Vor allem in den politisch zu Preußen gehörenden Landeskirchen in Nassau und Frankfurt am Main vollzog sich 1933 der Übergang von „volkskirchlichen“ zu „nationalkirchlichen“ Strukturen stürmischer als in anderen Landeskirchen und auch in Hessen-Darmstadt. August Jäger wollte in seiner Heimatkirche schon jetzt Verhältnisse schaffen, die für die ganze zukünftige Reichskirche beispielhaft werden sollten. Deshalb betrieb er auch den Zusammenschluß von Hessen-Darmstadt, Nassau, Frankfurt und (zunächst auch) Hessen-Kassel zu einer großhessischen Kirche, was - wie gesagt - einem älteren, von 1926 an in der „Marburger Konferenz“ der Kirchenleitungen der beiden Hessen, Nassaus, Frankfurts und Waldecks entwickelten Plan entsprach. Jäger entwarf für die neue Landeskirche eine Verfassung, die er als Muster für alle Landeskirchen verstand und deren leitende Vorstellungen sich auf die Begriffe „Einheit“ und „Führung“ konzentrierten. So war innerhalb von Nassau-Hessen vor allem der autoritäre Führungsstil des neuen Landesbischofs Dietrich ein wichtiger Auslöser der dann „Kirchenkampf“ genannten Auseinandersetzungen zwischen Kirche und Nationalsozialismus. Daß später von Seiten der BK hier vor allem theologische Differenzen zu den Deutschen Christen in den Vordergrund gestellt wurden, sei erwähnt. Allerdings ist das hier von der BK entworfene Kampfbild von den „Deutschen Christen“ als einer Spielart der neheidnischen und völkischen „Deutschen Glaubensbewegung“ doch zu eng, übersieht es doch zum Beispiel die aus dem (liberalen) Neuprotestantismus und der Volksmission den Deutschen Christen zugeflossenen Impulse! Im nassau-hessischen Kirchenkampf waren Fragen der Disziplin mindestens genauso wichtig wie solche der Theologie! Und das ist nicht einfach Vergangenheit! Wie wir noch sehen werden, beruht das die EKHN bis heute begleitende und auch kirchenordnungsmäßig institutionalisierte Mißtrauen gegenüber der Kirchenleitung und der Kirchenverwaltung vor allem auf „Erlebnisbildern“, die mit den Namen von Dietrich und dem Leiter der Landeskirchenkanzlei Paul Kipper verbunden wurden. Und beider Namen stehen wesentlich für die Durchsetzung des „Führerprinzips“ in der Kirche! Demgegenüber versuchte seit 1934 der „Landesbruderrat“ als Leitungsorgan der auch in Nassau-Hessen gebildeten „Bekennenden Kirche“ (BK), sich als rechtmäßige Kirchenleitung durchzusetzen, was dann zu Konflikten führte, die quer durch die Gemeinden gingen. Verschiedene Vermittlungs- und Befriedungsversuche scheiterten auch an der Unnachgiebig-

keit der BK. Nach dem Rücktritt des 1935 als Vermittlungsorgan gebildeten sogenannten „Landeskirkhenausschusses“ unter der Leitung von Oberkirchenrat Rudolf Zentgraf am 28.7.1937 wurden die Geschäfte der Landeskirche praktisch durch den Präsidenten der Landeskirchenkanzlei Paul Kipper wahrgenommen.

2) Welche Auswirkungen hatte nun das Ende der nationalsozialistischen Herrschaft auf die 1933 gebildete „Evangelische Landeskirche Nassau-Hessen“? In Darmstadt, Wiesbaden und Frankfurt am Main bildeten sich, wie wir gesehen haben, „Vorläufige Leitungen“, die sich aus Mitgliedern der Bekennenden Kirche und Vertretern der kirchlichen Werke und Verbände sowie (in Hessen-Darmstadt und in Nassau) des „Kirchlichen Einigungswerkes“, das 1939 gebildet wurde und dem auch gemäßigte Angehörige der Bekennenden Kirche und der Deutschen Christen angehörten, zusammensetzten. Ein „Verbindungsausschuß“ unter Leitung des Präsidenten der Vorläufigen Kirchenregierung in Hessen (- Darmstadt) Dr. Friedrich Müller leistete wichtige Koordinierungsarbeit. Allerdings herrschten in den drei historisch gewachsenen kirchlichen Teilgebieten unterschiedliche Auffassungen über das weitere Vorgehen.

a) In Hessen-Darmstadt war man nach Kriegsende auch in führenden Kreisen der Bekennenden Kirche zunächst der Auffassung, daß die Landeskirche Nassau-Hessen aufgrund ihrer Verflechtung mit der Gesetzgebung und der Verwaltungspraxis des NS-Staates rechtlich mit dem 8. Mai 1945 nicht mehr existent sei. Man ging deshalb von dem Wiederaufleben der alten hessen-darmstädtischen Kirche mit ihrer Verfassung von 1922 aus und übte die volle kirchenregimentliche Gewalt für ihr Gebiet selbständig aus. Man ließ zum Beispiel das Superintendentenamt wieder aufleben: Karl Knodt [Gießen] für Oberhessen, Dr. Wilhelm Bergér für Starkenburg (in Vertretung des Superintendenten Dr. Müller, der jetzt den Vorsitz der Vorläufigen Kirchenleitung innehatte) und Reinhard Becker für Rheinhessen. Als Ziel sah man in Darmstadt die Wahl einer Synode in jeder der früheren Teilkirchen an, die dann erneut über den Zusammenschluß zu einer hessen-nassauischen Kirche beschließen mußten.

b) In Nassau dagegen, wo der Einfluß der BK stärker war, war die Vorläufige Leitung - allerdings nicht einstimmig - eher der Auffassung, daß die Landeskirche Nassau-Hessen noch fortbestehe und daß jede der Vorläufigen Leitungen für die gesamte, das heißt noch weiterbestehende Landeskirche handle. Man bestritt zwar grundsätzlich die Legitimität der bisherigen nassau-hessischen Kirchenbehörde aus kirchlich-theologischen und auch aus politischen Gründen; andererseits

war man aber bereit, deren Verwaltungshandeln nachträglich zu tolerieren.

c) In der Folgezeit sah die BK - nach meiner Auffassung vor allem auch aus kirchenpolitischen und aus taktischen Gründen - die Fortdauer der Landeskirche Nassau-Hessen trotz deren illegitimen Zustandekommens 1933 als gegeben an! So beschloß im April 1946 die „Landesbekenntnissynode“ der BK: „Die Synode bejaht die rechtliche Existenz der Landeskirche Nassau-Hessen, wie sie in Fortsetzung der vor 1933 geführten Vereinigungsverhandlungen durch allseitig übereinstimmende Übung seit 1933 sowie durch das Handeln der BK (Ausübung des Kirchenregiments für den gesamten Bereich der Landeskirche durch Synode und Landesbruderrat) begründet, vom Staat (im Rahmen seiner Zuständigkeit) durch die Verleihung der Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt, durch die Maßnahmen der kirchlichen Verwaltung fortgesetzt und durch die Einsetzung des Verbindungsausschusses erneut in Erscheinung getreten ist. Die früheren Landeskirchen Nassau, Hessen und Frankfurt haben damit ihre rechtliche Existenz verloren“. In Hessen-Darmstadt waren, wie erwähnt, zunächst auch die der BK angehörenden Mitglieder der Vorläufigen Kirchenregierung anderer Auffassung; sie schwenkten aber am 10.5.1946 auf die Linie des soeben zitierten Beschlusses der Landesbekenntnissynode der BK ein: „Wir haben uns davon überzeugt, daß die Landeskirche Nassau-Hessen wirklich existent ist. Diese Überzeugung gründet sich nicht nur auf eine veränderte juristische Auffassung, sondern auch und besonders auf den starken Eindruck der geistigen Existenz dieser Landeskirche, wie er jetzt wieder bei den Verhandlungen der nassau-hessischen Bekenntnissynode in Erscheinung getreten ist. Daraus ergibt sich für uns die Notwendigkeit der unmittelbaren Wahl einer gemeinsamen (!) verfassungsgebenden Landessynode“. Es setzte sich also die Auffassung des Landesbruderrats der BK Nassau-Hessen auch in Hessen-Darmstadt bei den der BK angehörenden Mitgliedern der Vorläufigen hessen-darmstädtischen Kirchenregierung durch, daß die Einheit der Landeskirche Nassau-Hessen noch gegeben sei. Zur Begründung verwies man auf sehr unterschiedliche, theologische, kirchenpolitische und juristische Argumente miteinander verbindende Aspekte wie zum Beispiel auf das faktische zwölfjährige Bestehen der Landeskirche Nassau-Hessen, auf die kirchenleitende Tätigkeit der BK und auf die Ausübung des offiziellen, wenn auch illegitimen Kirchenregiments durch die Deutschen Christen hin. Ich vermute allerdings, daß neben rechtlichen und theologischen Argumenten, neben bestimmten „Erlebnisbildern“ und emotionalen Faktoren wie gemeinsames Kämpfen und Leiden auch kirchenpolitische und taktische Erwägungen dabei eine wichtige Rolle gespielt haben! Das Ziel der BK

war eindeutig die Machtübernahme in der EKHN. Hier konnte die hessen-darmstädtische Linie unter Umständen hinderlich sein. In Nassau und Frankfurt war die BK sich ihrer Mehrheit sicher, in Hessen-Darmstadt zumindest nicht in dem gleichen Maße. Das Ganze läßt sich kaum auf einen gemeinsamen Nenner bringen. Es verwundert deshalb nicht, daß sich die aus dieser „Gemengelage“ resultierenden Spannungen zwischen theologisch-dogmatisch-kirchenpolitischen Aspekten und der Faktizität der Ereignisse, zwischen Politik und Kirchenpolitik, zwischen der pragmatischen Inanspruchnahme und der grundsätzlichen Bestreitung der Rechtmäßigkeit des Zustandekommens und Fortbestehens der Landeskirche Nassau-Hessen noch in der erwähnten Friedberger Beschlußformel vom 30.9.1947 finden: Man „bestätigt den Zusammenschluß kirchlich und rechtlich“; man beschließt ihn aber nicht. Fast könnte man sagen: Die offizielle heutige Datierung des „Beginns“ der EKHN mit dem Jahr 1947 ist gerade in den Augen der damals die EKHN offiziell übernehmen wollenden BK nicht das richtige Datum. Dem ursprünglichen Datum 1933 fühlte man sich aber nicht mit ganzem Herzen verbunden. Zumindest ist es ergänzungs- und bestätigungsbedürftig!

V. Gibt es eine besondere „EKHN-Theologie“?

1) Als eine wesentliche Lehre aus dem Kirchenkampf galt der BK die Notwendigkeit einer theologisch-kirchlichen Begründung ihres gesamten kirchlichen Handelns und Gestaltens. Nun hat Martin Niemöller wenige Tage nach seiner Wahl zum Kirchenpräsidenten der EKHN in einem Brief an Propst Dr. Hans Böhm (Berlin) vom 7.10.1947 einen vor allem kirchenpolitisch begründeten „Sonderweg“ für die EKHN formuliert, der nicht nur für die Kirchenordnung der EKHN von 1949 wichtig wurde: „Ich habe die feste Überzeugung gewonnen, daß diese arme Kirche hier [= EKHN] die einzige ist, die uns [= BK] in Deutschland noch bleibt, von der wir hoffen können, daß sie sich in der Linie der Bekennenden Kirche entwickeln läßt, ohne daß wir auf einen lutherischen, reformierten oder unierten Weg geraten müßten“! Hatten 1933 die Deutschen Christen die Kirchenverfassung von Nassau-Hessen vom 12. September 1933 als „Modell“ für die gesamte „Deutsche Evangelische Kirche“ (DEK) angesehen, so schwebte Niemöller im Blick auf die Gestaltung der Kirchenordnung der EKHN offenbar etwas Ähnliches vor. Sie sollte - als letzte der BK noch verbliebene Chance - das Modell für eine nach den Prinzipien der BK gestaltete Kirche sein! Da die BK ihr kirchliches Handeln - im Unterschied zu dem der Deutschen Christen - vor allem theologisch legitimieren wollte, stellt sich im Blick auf die Begründung einer solchen

kirchenpolitischen Option die Frage, ob es so etwas wie eine besondere, von der BK gestaltete „EKHN-Theologie“ gibt. Freilich wurde das Argument der „letzten Chance“ in BK-Kreisen wohl öfters gebraucht, auch um Machtansprüche durchzusetzen. Ein Beispiel dafür ist Lic. Otto Fricke, der in der Landesbruderratssitzung Nassau-Hessen am 4.10.1945 beantragte, „Bruder Niemöller die geistliche Führung der nassau-hessischen Kirche anzubieten“. Bei der Begründung spielte folgendes Argument eine entscheidende Rolle: „Es ginge nicht an, daß Niemöller nach achtjähriger Haft von keinem deutschen Kirchengebiet berufen würde“! Nassau-Hessen bot für Fricke dazu die letzte Chance!

2) Die Frage nach einer besonderen „EKHN-Theologie“ ist nicht einfach zu beantworten. Zunächst ist darauf hinzuweisen, daß der größte Teil der Pfarrer der werdenden EKHN noch vor 1933 studiert hat. Von der hessen-darmstädtischen Landesuniversität Gießen und auch von Marburg her lassen sich Elemente einer eher liberal-volkskirchlich geprägten Theologie feststellen, ohne jedoch damit von einer dezidiert „hessischen“ Theologie sprechen zu können. Nassau bzw. Frankfurt hatten keine eigene theologische Fakultät. Eine gewisse ausgleichende Funktion besaßen die sogenannten Predigerseminare in Herborn und Friedberg/Hessen als nachuniversitäre Ausbildungsstätten mit dem Ziel einer „Einweisung“ ins Pfarramt. Beide Seminare wurden von der BK beargwöhnt; man versuchte, in Frankfurt am Main ein eigenes BK-Predigerseminar einzurichten. In der späteren EKHN sollten, wenigstens in der Theorie, die propsteiübergreifenden sogenannten „Pfarrerrüstzeiten“, die die Pröpste durchführten, wohl auch der Schaffung einer „EKHN-Identität“ dienen.

3) Bei allen auch historisch gewachsenen Unterschieden in Theologie, Frömmigkeit und Kirchlichkeit lassen sich aber im Blick auf Hessen, Nassau und Frankfurt für die Zeit nach 1918 auch manche Gemeinsamkeiten feststellen, die zunächst eher im „Klimatischen“ begründet waren. Der mit dem Krisenbewußtsein nach dem Ersten Weltkrieg eng verbundene theologische Aufbruch im Zeichen der sogenannten „Dialektischen Theologie“ bedeutete eine entschiedene Abkehr von den Traditionen der Aufklärung und des liberalen Kulturprotestantismus der Vorkriegszeit. Die „antilibérale“ Zeitstimmung nach dem Ersten Weltkrieg wird heute eher an untereinander so verschiedenen literarisch-ideologischen Repräsentanten autoritär-konservativer, romantisch-elitärer oder deutsch-völkischer Opposition gegen das „Weimarer System“ wie Carl Schmitt, Ernst Jünger, Oswald Spengler, Wilhelm Stapel, Arthur Moeller van den Bruck, Friedrich Gogarten und Emanuel Hirsch festgemacht. Darüber darf aber zumindest im Blick auf die Theologie eine gleichzeitige, vor allem auch „sozialistische“ Elemente in sich aufnehmende, theologische Zeitbestimmung nicht

übersehen werden, die ebenfalls eine Abkehr von Aufklärung und Liberalismus auf ihre Fahne geschrieben hatte: die dann vor allem mit dem Namen Karl Barths verbundene „Dialektische Theologie“. Allerdings ist, von einzelnen Pfarrern abgesehen, der sogenannte „Barthianismus“ und der dann mit ihm verbundene „Barmenprotestantismus“ in der EKHN erst nach 1945 durch die inzwischen im kirchlich-theologischen Raum erfolgten personellen Neubesetzungen zur maßgebenden und auch kirchenleitenden Theologie geworden. Gerade durch Personalentscheidungen hat die BK nach 1945 in die Tradition der hessen-nassauischen Kirche eingegriffen! Der im erwähnten Niemöller-Zitat gemeinte Typ von „Bekennender Kirche“ ist eher der „bruderrätliche“ Flügel der BK, der - unter theologisch begründeter Berufung auf das kirchliche Notrecht - revolutionär anstelle der von den Deutschen Christen beherrschten Organen eine neue, eigene Kirchenstruktur aufzubauen versuchte. Der von Niemöller intendierte hessen-nassauische „Sonderweg“ entsprang in erster Linie dem kirchenpolitischen Bestreben einer bestimmten Gruppe, die die wichtigsten Leitungämter für sich beanspruchte und die dann kraft synodaler Mehrheitsverhältnisse die Kirchenordnung nach ihrem Geschmack gestaltet hat. Die „Großwetterlage“ für diese „Machtübernahme“ bildete, neben dem linken hessischen Nachkriegsmilieu und den fehlenden Einflußmöglichkeiten anderer kirchenpolitischer Gruppierungen, auch der Übergang von einem sich eher gemäßigt deutschnational-volkskirchlich definierenden Protestantismus zu eher linken politischen Positionen. Was Martin Niemöller selbst anbelangt, so wurde er von der mindestens nach 1945 mehrheitlich eher bruderrätlich beherrschten BK Nassau-Hessen in ihre Reihen aufgenommen und zum Vorsitzenden des Landesbruderrats bestimmt. Allerdings verlief sein Weg ins Kirchenpräsidentenamt der EKHN keineswegs so einlinig, wie das zuweilen dargestellt wird. Namen wie Prof. Dr. Edmund Schlink, Prof. Dr. Peter Brunner und D. Hans Asmussen, die im Zusammenhang mit dem Kirchenpräsidentenamt auch genannt wurden und die ebenfalls Exponenten der BK waren, zeigen, daß auch Nassau-Hessens BK ursprünglich ein breiteres und pluraleres Spektrum aufwies, kamen doch ihre führenden Männer aus verschiedenen theologischen Lagern, auch aus dem Liberalismus und dem Kreis der Deutschnationalen!

4) Die Absage an liberale Positionen und an den Parlamentarismus war und blieb ein gemeinsamer Nenner sonst eher gegensätzlicher theologischer und kirchenpolitischer Strömungen. Die antiliberale Zeitströmung wurde vor allem von einer jungen Generation getragen, die aus der Jugendbewegung und den Kriegserlebnissen kam und die dem Krisenbewußtsein nach dem Ersten Weltkrieg nun auch theologisch-kirchlich Ausdruck gab. Eine Momentaufnahme für 1933 ergibt: Für

den erwähnten August Jäger sollte der Landeskirchentag am 12.9.1933 „keine parlamentarische Schwatzbude, sondern eine Kundgebung im Sinne des Neuen“ sein. Der von August Jäger brutal aus dem Amt gedrängte nassauische Landesbischof D. August Korthauer erklärte: „Ich bin von jeher ein Gegner der demokratischen Kirchenverfassung gewesen und daher sehr einverstanden mit der Zurückdrängung des Parlamentarismus in der Kirche“. Aber auch die sogenannte „Jungreformatrische Bewegung“, die 1933 gegen die Deutschen Christen antrat und in der auch Martin Niemöller und Dietrich Bonhoeffer mitarbeiteten, erklärte: „Wir wehren uns mit Leidenschaft gegen die überlebten kirchlichen Gruppen und Parteien“, ein Grundsatz, den Martin Niemöller dann auch als Kirchenpräsident der EKHN verfochten hat!

5) Die Theologie, so wichtig sie für den Protestantismus auch ist, ist aber nicht die ganze Kirche! Da spielen auch Traditionen, historische Bedingungen und gesellschaftliche Verhältnisse eine Rolle. Im Blick auf die Sozialbasis der EKHN läßt sich bis in die Zeit nach 1945 ein protestantischer Grundkonsens beobachten: Die Kirche ist eher „Volkskirche“ im Sinne einer Vermittlung oberster Werte und einer helfenden Begleitung in Krisensituationen und an den Wendepunkten des Lebens als eine Kirche des Dogmas und des Kultus.

Daß dieses Bild von der „Alltagskirche“ sich mit den „Erfahrungen des Kirchenkampfes“ zugeschriebenen, dann in die Kirchen - und in die Lebensordnung Eingang findenden offiziellen Leitbildern von Kirche, Gemeinde und Christsein nicht deckt, liegt auf der Hand. Hinzu kommt, daß die in der EKHN übliche Hervorhebung der Einzelgemeinde tendenziell eher einen Frömmigkeitspluralismus fördert. Wurde dieser in der Frühzeit der EKHN unter anderem durch gemeinsame Erlebnisse im Kirchenkampf noch „domestiziert“, so brachen die Divergenzen um 1968 umso stärker hervor. In der Folgezeit kommt es auch wieder zur Ausbildung neoliberaler Positionen, die sich aber eher im Umkreis wissenschaftlicher Theologie als in synodaler und kirchenleitender Praxis bemerkbar machen. Auf's Ganze gesehen beruht der von Niemöller geltend gemachte „Sonderweg“ der EKHN eher auf bestimmten Erlebnisbildern und kirchenpolitischen Optionen der BK als auf einer besonderen, auch universitär vertretenen „EKHN-Theologie“!

VI. Die Kirchenordnung der EKHN von 1949: Ein Weg in die Zukunft oder Kirchenkampfromantik?

1) Die 1949 verabschiedete Kirchenordnung (KO) der EKHN charakterisierte ihr Mitgestalter und spätere stellvertretende Kirchen-

präsident D. Karl Herbert 1992 „als eine der modernsten Ordnungen ihrer Art und beispielhaft geprägt durch die Vorstellungen der Bekenntenden Kirche“. Die „Bewahrung des Erbes des Kirchenkampfes“ war vor allem im Blick auf kirchliche Gestaltungsfragen lange Zeit in der EKHN fast ein „Dogma“!

2) Der damaligen kirchenpolitischen Situation gemäß entstammten wichtige Elemente der Kirchenordnung der EKHN von 1949 einem Entwurf der „Bekennnissynode Nassau-Hessen“ vom 12.7.1946, der versuchte, überkommene volkskirchliche Strukturen im Sinne „Bekennender Gemeinden“ und „bruderrätlicher Leitung“ zu überformen bzw. im Sinne dieses Gemeindeideals zu gestalten. „Weg von einem statuarisch verstandenen Bekenntnis, hin zu der Aufgabe des jeweils neuen Bekenntens des überlieferten Bekenntnisses“ - so formulierte es dann sinngemäß der Grundartikel der neuen Kirchenordnung. Die „Theologische Erklärung von Barmen“ aus dem Jahr 1934 wurde als eine solche exemplarische Situation auf diesem Weg eines immer neuen Bekenntens verstanden und in die Grundordnung aufgenommen. Neben solchen eher geschichtstheologischen und dogmatischen Erwägungen standen hier aber auch handfeste kirchenpolitische Gründe: Man wollte die EKHN trotz der Verschiedenheit der aus der Geschichte überkommenen und in den Gemeinden noch geltenden Bekenntnisse unbedingt als „Kirche“ verstehen und nicht als „Kirchenbund“ oder als einen „Bund bekenntnisbestimmter Gemeinden“. Das waren Zielformeln, die dem bruderrätlichen Flügel der BK zuwider waren!

3) In seinem posthum (1997) erschienen Buch „Durch Höhen und Tiefen. Eine Geschichte der EKHN“ hat Karl Herbert (1907-1995) ein weiteres Kennzeichen des Kirchenkampfes herausgestellt: Das Mißtrauen gegenüber Machtgebrauch auch in der Kirche. So sah Herbert, wenn auch etwas zögerlich, gegen Ende seines Lebens das autoritäre Vorgehen des jungen DC-Landesbischofs Lic. Dr. Dietrich gegen bisherige Führungseliten wenigstens als eine wichtige Mitursache für die Entstehung und (vor allem) Ausbreitung der BK in Nassau-Hessen an. Herbert betonte jetzt, daß es Dietrich „nicht so sehr um inhaltliche Veränderung der Verkündigung der Kirche“ ging, sondern um die Durchsetzung des Führerprinzips, das allerdings auch späteren Repräsentanten der BK zumindest 1933 nicht fremd war. Herberts Überzeugung lautet: „Der Gedanke an Macht durfte nicht aufkommen!“ Dies ist für Herbert eine wichtige Maxime auch für die kirchliche Gestaltung nach 1945. „Macht“ ist für protestantisches Ethos offenbar problematisch, auch wenn man sie - ebenso wie in der BK - selbst kräftig gebrauchte. Darum gilt als eine wichtige „Erfahrung des Kirchenkampfes“ das Mißtrauen. Es ist schon ein wichtiges Grundprinzip der KO der EKHN, die Erkenntnis in Kirchenordnungsrecht umzusetzen,

daß „der Feind“ nicht nur draußen steht, sondern auch in der Kirche selbst. Um sich dieses „inneren Feindes“ zu erwehren, muß kirchliche Gestaltung auf allen Ebenen durch Kontrollen bestimmt sein. Diese Kontrollen werden aber nicht an bestimmten Personen festgemacht, sondern Gremien übertragen, die wiederum von Gremien kontrolliert werden, mögen diese auch noch so unübersichtlich und fluktuierend und in ihrer Zusammensetzung auch Zufällen überlassen sein. Dahinter steht letztlich das „Bruderrats-Prinzip“ als eine Art von „Anti-Führer-Prinzip“, verbunden mit dem Glauben, daß Gremien weniger versuchlich sind als ein Einzelner.

4) Ein weiteres, auf Erfahrungen aus dem Kirchenkampf zurückgeführtes Strukturprinzip der EKHN ist die ausdrücklich gewollte schwache Stellung der Kirchenverwaltung. Ein mit eigenen Kompetenzen ausgestattetes „Landeskirchenamt“ gilt als exemplarischer „Feind im Innern der Kirche“. Als Beweis wurde hier immer wieder der Name Paul Kippers genannt! Für die KO von 1949 müssen daher alle Funktionen der Kirchenverwaltung von der „Kirchenleitung“ abgeleitet werden: Die Kirchenverwaltung ist (lediglich) deren „helfendes und ausführendes Organ“; die Inhaberin ihrer Befugnisse ist die Kirchenleitung. Gleichzeitig muß aber die Kirchenleitung ihre Befugnisse wiederum von der Kirchensynode als dem (tatsächlichen oder behaupteten) „obersten Organ“ herleiten.

5) Ein zentrales Kennzeichen der kirchenpolitischen Vorstellungen der nassau-hessischen BK ist das auch aus dem Mißtrauen gegen die Amtsführung des früheren Landesbischofs und des Präsidenten der Kirchenkanzlei abgeleitete „Leitende Geistliche Amt“ (LGA) als Versuch, „die Funktion geistlicher Leitung, also bischöfliche Aufgaben, durch ein in Gemeinschaft handelndes Gremium wahrzunehmen“ (Karl Herbert). Dieses „bruderrätliche Bischofsamt“ besitzt zwar nach der KO der EKHN keine rechtlichen Exekutivbefugnisse. In der Praxis jedoch kann eine extensive Auslegung des dem LGA „in geistlichen Fragen und personellen Angelegenheiten der Pfarrer“ zustehenden „Beratungsrechtes“ leicht über die ursprüngliche, Macht begrenzende Intention dieses Gremiums hinausgehen und ebenfalls einer dann anonymen Machtausübung dienen. Die „Beratungsergebnisse“ des LGA sind eben nicht rechtlich nachprüfbar, auch wenn sie für Kirchenleitungsentscheidungen entscheidend sein können.

Die Herkunft des so in der gesamten Evangelischen Kirche Deutschlands singulären LGA ist umstritten. Erstmals taucht der Begriff in einem Vortrag Karl Herberts am 15.4.1948 im Verfassungsausschuß auf. Nach Aktenlage kann Herbert als „Vater“ des LGA gelten. Dies hat er aber ausdrücklich in einem Brief an mich vom

18.2.1992 bestritten und behauptet: „Es ist anzunehmen, daß Konzeption wie Bezeichnung auf Niemöllers Initiative zurückgehen“. Ist dies lediglich eine spätere Interpretation, die Niemöller den Vortritt lassen will? Oder verdankt sich die Einrichtung des LGA bewußt einer längerfristigen Strategie der Herrschaftsausübung und -sicherung? Oder ist es eher ein Zufallsprodukt, da „bruderrätliche“ Strukturen im BK-Milieu damals förmlich in der Luft lagen und die Niemöller (oder Herbert) aufgegriffen hätten, zunächst allerdings, ohne hier ein besonderes, permanent tagendes Gremium im Blick zu haben? Wurde diese dann zunächst eher zufällige Entwicklung vor allem dadurch bedeutsam, daß Niemöller für sich die Übernahme des Bischofsamtes und -titels ablehnte und dieses Amt dann auf ein bruderrätlich konzipiertes Gremium übertragen wurde, dessen Vorsitzender der Kirchenpräsident ist? Ist Herbert im Blick auf das LGA eher der „Fachpromotor“, Niemöller der „Machtpromotor“ (so Scholz-Curtius)? Martin Niemöller selbst hat offenbar hier eine Entwicklung durchgemacht: Er war an den Beratungen des Verfassungsentwurfs der BK von 1946 beteiligt, der noch ein Bischofsamt vorsah. Ist Niemöllers Meinungsänderung eher von Zufällen oder von situativen oder von strategischen Entscheidungen abhängig? Ich muß es offen lassen! War das LGA als „hessen-nassauisches Proprium“ ursprünglich eher „geistlich“ ausgerichtet, so kam es später in manchen Fällen auch zu einer Konkurrenz mit der Kirchenleitung. De jure hat das LGA bis heute eine geringe, de facto aber eine große, vor allem durch eine hohe Kommunikationsdichte und durch persönliche Bekanntschaft untereinander noch verstärkte Macht. In die Richtung einer Sonderstellung weist heute zum Beispiel auch die Berufung auf die von den Präpsten wahrzunehmenden Visitationsaufgaben.

6) Insgesamt ist festzustellen: Stellten in der Gründungszeit der EKHN gemeinsame Kirchenkampferfahrungen auch das Band zwischen den verschiedenen Gremien (Synode, Kirchenleitung, LGA, Kirchenverwaltung) her, so ergaben sich später hier auch „Reibungsverluste“; die Frage nach der jeweiligen Verantwortlichkeit wird angesichts solcher Gremienentscheidungen schwieriger zu beantworten. Hinzu kommt, daß die EKHN faktisch keine Gewaltenteilung kennt; alles ist miteinander verschränkt. Theoretisch könnte sogar die Kirchensynode die Kirche leiten und verwalten! In der Praxis sind nicht selten Konfusionen und Doppelzuständigkeiten anzutreffen.

7) Die Vergabe von Leitungsämtern vor allem theologischer Natur auf Zeit gehört ebenfalls zu den hessen-nassauischen Besonderheiten. Auch hier spielt das erwähnte Mißtrauen eine wichtige Rolle. Als Zähmung gedacht entpuppte sich dieses Verfahren jedoch faktisch als Machtzuwachs der auf Lebenszeit angestellten nichttheologischen

Amtsträger. Die „geistliche Komponente“ von Kirchenleitung und -verwaltung wurde wohl überschätzt!

8) Auf der anderen Seite spielten in der Gründungsphase der EKHN Probleme noch keine Rolle, die heute viel Zeit und Kraft zu ihrer Lösung beanspruchen! Zunächst sei der sich ausweitende Partizipationsanspruch von Gremien mit einer Steigerung der Zahl der Sitzungen usw. erwähnt. Sollte die als „Demokratisierung“ verstandene „Synodalisierung“ ursprünglich mehr Transparenz in der Kirche ermöglichen, so hat sie inzwischen ein Geflecht von Zuständigkeiten geschaffen, wodurch auch der stets bekundete Wille, amtlich verordnete Macht zu kontrollieren und zu relativieren, bei manchen Kontrolleuren in Gefahr gerät, in einen eigenen Willen zur Macht umzuschlagen. Weiter hat sich seit den 70er Jahren die synodale Praxis auch in der EKHN eher am Modell des Parlaments orientiert und das vom Kirchenkampf her favorisierte Modell einer „Versammlung der Brüder“ zurücktreten lassen, wofür nicht nur das Auftreten von „Richtungsgruppen“ (Kirchenparteien?) in Synoden ein Indikator ist. Geht das Pfarrerbild der Kirchenordnung eher vom „Generalisten“ aus, so verstärken Sonder- und Funktionspfarrämter oder individuelle „Schwerpunktsetzungen“ eher den Hang zum „Spezialisten“ bzw. zur „Hobbysierung“ des Pfarramts. Dem entspricht auch ein Funktionsschwund kirchenleitender Organe, deren Funktionen zuweilen von Ämtern, Kammern, Arbeitsstellen, Beratungsstellen und Aktionsgruppen übernommen werden, was durch die Unterscheidung zwischen „Dienstaufsicht“ und „Fachaufsicht“ leicht verdeckt wird.

9) Bei allem Reden vom „Erbe des Kirchenkampfes“ als wichtiges Movens für die Gestaltung der KO der EKHN von 1949 wird häufig übersehen, daß diese auch wichtige Elemente aus den Vorgängerordnungen übernommen hat, die wiederum auch Anleihen bei der staatlichen Verfassungsgestaltung nach 1918 gemacht haben. Auch weist Hessen-Nassau 1949 zum Beispiel über Hessen 1922 auf Hessen 1874 zurück, gerade auch im Blick auf den zentralen Grundsatz, daß das Bekenntnis bei der Gemeinde ruht und von der Gesamtkirche nicht angetastet werden darf. Freilich: Die BK war dem 18. und 19. Jahrhundert nicht wohlgesonnen. Vor allem im Grundartikel der KO der EKHN von 1949 griff man direkt auf die Alte Kirche und die Reformation zurück. Dies hängt auch mit der an der Aufklärung und am Liberalismus festgemachten Vorstellung einer Verfallsgeschichte zusammen, derzufolge die Entwicklung nach 1555 letztlich negativ bewertet wird. Vor allem das von Rationalismus, Eudämonismus und Homo-Mensura-Regel bestimmte Gedankengut der Aufklärung habe - neben dem Völkischen - 1945 zur Katastrophe geführt. Deshalb müsse die Gestaltung der Kirche im Grunde neu beginnen. Auch dort, wo man

in der Praxis auf die theoretisch abgelehnten Traditionen zurückgreifen muß, soll das Neue wenigstens durchschimmern: Nach Möglichkeit versieht man sie zumindest mit neuen Akzenten.

10) Wichtige Elemente der KO der EKHN von 1949 ruhen auf bestimmten „Erlebnisbildern“ auf. Erlebnisse lassen sich aber nicht auf Dauer stellen, Erfahrungen, die in kleinen Gruppen in bestimmten Drucksituationen gemacht wurden, nicht auf die Volkskirche übertragen. Vor allem die Lebensordnung der EKHN aus den 50er und 60er Jahren entpuppte sich in volkskirchlichen Situationen eher als ein Zeitgeistdokument als eine praktikable konkrete seelsorgerliche Hilfe. Erlebnisbilder verstärken die Gefahr, daß ein bestimmter Abschnitt der Kirchengeschichte mythologisiert wird und leicht auch der Eindruck von „der“ BK-Linie als einem monolithischen Gebilde entsteht. Eine solche Einlinigkeit ist aber häufig erst das Ergebnis späterer vereinfachender und uniformierender Interpretationen.

VII. Ein kurzer Ausblick

Ich schließe mit einem kurzen Ausblick! Unumstritten waren die Kirchen- und die Lebensordnung als Grunddokumente der EKHN zu keinem Zeitpunkt. Sie sind ein Beispiel für die grundsätzliche Schwierigkeit, historische Modelle aus ihrer Zeit herauszulösen und gewissermaßen zeitlos zu verwenden. Noch schärfer formuliert: Beide Ordnungen beruhten schon bei ihrer Entstehung auf der nicht ausreichend reflektierten Erwartung, daß die von einer Minderheit im Kirchenkampf gewonnenen Erfahrungen und Vorstellungen von der Ordnung der Kirche ohne Weiteres auf die volkskirchliche Realität übertragen werden können. Ob diese historische Einsicht allerdings in die skeptische Grundhaltung einmünden muß, die die sogenannte „Perspektivkommission“ der EKHN 1992 formuliert hat, müßte näher geprüft werden. Da heißt es: „In besonderer Weise bestimmen die gegenwärtig sichtbaren Veränderungen das Verhältnis von Individuum und Institution und die zwischen beiden entstandenen Spannung, was tiefgreifende Auswirkungen auf die gewachsenen Strukturen der Volkskirche hat... Wir sind genötigt, die Beziehungen zwischen dem Einzelnen, der Kirche und der Gesellschaft grundlegend neu zu formulieren“. Ich halte diese „Individualisierungsthese“ mit ihrem „Nullpunkt-Avantgardismus“ ebenfalls für problematisch. Wichtig ist aber, daß bei allem Rückgriff auf Erfahrung deren historische Dimension mitbedacht wird, da man sonst zu einer geschichtslosen Geschichte eine ebenfalls geschichtslose „Gegengeschichte“ konstruiert und von jeweiligen Eindrücken und Erlebnissen abhängig wird, die dann unreflektiert zur

Norm kirchlicher Gestaltung werden. Gerade eine Kirche, die offen sein will für heutige Herausforderungen, bedarf im Interesse von Identität und Verbindlichkeit auch der gemeinsamen Anstrengung einer kontinuierlichen Erinnerung an ihre Vergangenheit. Offenheit ist keineswegs gleichbedeutend mit Beliebigkeit und Indifferenz gegenüber der eigenen Geschichte und Nivellierung von Traditionsbeständen. Im Gegenteil: Je mehr die Kirche sich öffnet, desto notwendiger ist sie auf die Abstützung durch konsensfähige Traditionsbildungsprozesse angewiesen. Dies gilt gerade auch im Blick auf die in der EKHN zur Zeit anstehenden Versuche, die Kirchenordnung von 1949 einer grundlegenden Revision zu unterziehen. Das Reden von einem „radikalen Neubau“ dürfte ein Mythos sein: Damals wie Heute!

Daß vor allem in Oberhessen der Zusammenhang von Bekennender Kirche und Volkskirche nach 1945 gewahrt blieb, das ist in der Anfangszeit der EKHN - neben Propst bzw. Superintendent Karl Knodt (Gießen) - vor allem dem Lardenbacher Pfarrerssohn Wilhelm Weinberger (1899-1963) zu verdanken, der von 1950-1963 das Propstamt für den Visitationsbezirk Oberhessen innehatte. Weinberger war ein typisch hessen-darmstädtischer Vertreter der BK, radikalem preußischen Gehabe, das öfters den „bruderrätlichen Flügel“ der BK beherrschte (vgl. Nassau, Frankfurt am Main), abhold. „Als Kind des Vogelsbergs war er als ‚Propst für Oberhessen‘ am richtigen Platz. Er liebte die Menschen seiner Heimat, ihre Mundart, ihre treffsichere Ausdrucksweise. Seine unzähligen Gemeindebesuche, die Visitationen und Kirchenvorstandssitzungen, die Gespräche mit Amtsbrüdern, die Besuche in Pfarrhäusern waren seine Fundgrube; und was er erlebt hatte, erzählte er bei kirchlichen Festen, Pfarrfrauen- und Pfarrerrüstzeiten, den Tagungen des Küsterbundes, in Pfarrkonferenzen ... Und wie unnachahmlich er erzählen konnte!“- so schildert ihn mit Recht einer seiner Nachfolger, Propst Helmut Grün (Vgl.: Un alleweil enoff! Oberhessische Aussprüche und Begebenheiten, erzählt von Wilhelm Weinberger, hg. von Helmut Grün und Helmut Weinberger mit Illustrationen von Karl Zöllner. Ulrichsteiner Bücherei Bd. 40, Ulrichstein 1988, S. 6). Eine der letzten Amtshandlungen von Wilhelm Weinberger war 1963 meine Einführung in die Ev. Petrusgemeinde in Gießen.

Zusammenfassung

Der Vortrag stellt wichtige Etappen der komplexen Vorgeschichte und der Frühzeit der heutigen „Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau“ dar. Insbesondere werden die Entstehung der „Vorläufigen Leitungen“ in Hessen-Darmstadt, Nassau und Frankfurt am Main im April und Mai 1945, die „Bestätigung“ des erstmals 1933 erfolgten Zusammenschlusses der genannten ehemals selbständigen Landeskirchen zur „Evangelischen Landeskirche Nassau-Hessen“ durch den „Friedberger Kirchentag“ vom 30.9.1947 und die Entstehung der „Kirchenordnung der EKHN“ von 1949 untersucht. Ein besonderes Interesse gilt dabei den kirchenpolitischen Aktivitäten der „Bekennenden Kirche“, deren Exponent in Hessen und Nassau Martin Niemöller wurde und der mit der Kirchenordnung der EKHN von 1949 so etwas wie ein Modell für eine zumindest der Bekennenden Kirche angemessene Ordnung schaffen wollte. Eine kritische Überprüfung dieses Anspruchs zeigt allerdings, wie diese Ordnung nicht nur auf theologischen Grundentscheidungen, sondern auch auf bestimmten „Erlebnisbildern“ aufruht, die letztlich nicht auf Dauer gestellt werden können, genauso wenig wie Erfahrungen, die in einer bestimmten Drucksituation in kleinen Kreisen gemacht wurden, auf die „Volkskirche“ übertragen werden können. Allerdings bedarf eine Kirche, die offen sein will für heutige Herausforderungen, im Interesse von Identität und Verbindlichkeit der kontinuierlichen Erinnerung an ihre Geschichte, ist doch Offenheit keineswegs gleichbedeutend mit Beliebigkeit und Nivellierung von Traditionsbeständen.

Der Vortrag ist in folgende Abschnitte gegliedert: Momentaufnahmen aus der „Stunde Null“ - Erste Initiativen zum kirchlichen Neuaufbau - Wann war eigentlich der genaue Geburtstag der EKHN? - Das Jahr 1945: Weiterbestehen der Vereinigung der Evangelischen Kirchen von Hessen-Darmstadt, Nassau und Frankfurt am Main zur „Evangelischen Landeskirche Nassau-Hessen“ im Jahr 1933 oder deren Zerfall und Neuanfang? - Gibt es eine besondere „EKHN-Theologie“ als Begründung für einen hessen-nassauischen „Sonderweg“? - Die Kirchenordnung der EKHN von 1949: Ein Weg in die Zukunft oder Kirchenkampfromantik? - Ein kurzer Ausblick.

Zu meiner Person: Karl Dienst, geb. 1930, Pfarrer in Wiesbaden (1957/59) und Gießen (1959-1970: Markuskirche, Petruskirche), 1970-1994 Oberkirchenrat der Ev. Kirche in Hessen und Nassau (Darmstadt) für Bildungsfragen. Langjähriges Mitglied der Synode der Ev. Kirche in Deutschland und Vorsitzender ihres Theologischen Ausschusses. 1955 Promotion zum Dr. theol. (Mainz). 1982 Honorarpro-

fessor an der Staatlichen Hochschule für Musik und Darstellende Kunst in Frankfurt am Main für Systematische Theologie, Liturgik und Hymnologie, dazu 1983 Honorarprofessor für Historische und Praktische Theologie an der J. W. Goethe- Universität in Frankfurt und an der TU Darmstadt. Zahlreiche Veröffentlichungen vor allem auf dem Gebiet der Praktischen und Historischen Theologie sowie der Religionspädagogik und der Territorialkirchengeschichte. Direktor des Deutschen Instituts für Bildung und Wissen (Paderborn). Ehrenmitglied der Hessischen Kirchengeschichtlichen Vereinigung, Mitglied der Historischen Kommission für Hessen-Darmstadt und für Nassau. Verheiratet; vier Kinder.